

***„Prävention und Integration – Anmerkungen zu einigen
aktuellen Schnittmengen und Perspektiven“***

von

Dr. Wiebke Steffen

Dokument aus der Internetdokumentation
des Deutschen Präventionstages www.praeventionstag.de
Herausgegeben von Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks im Auftrag der
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Zur Zitation:

Wiebke Steffen: „Prävention und Integration – Anmerkungen zu einigen aktuellen Schnittmengen und Perspektiven“, in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2016, www.praeventionstag.de/dokumentation.cms/3649

Dr. Wiebke Steffen

„Prävention und Integration – Anmerkungen zu einigen aktuellen Schnittmengen und Perspektiven“¹

Im Folgenden werde ich vor allem auf diese Themen eingehen:

- Welchen Beitrag kann die Präventionsarbeit bei der – großen – Aufgabe leisten, mehr als eine Million Flüchtlinge zu integrieren?
- Wie kann Integration von den jahrzehntelangen Erfahrungen der gesamtgesellschaftlich, ressortübergreifend und interdisziplinär aufgestellten Präventionsarbeit profitieren?
- Was bietet die Präventionsarbeit insbesondere den Kommunen für die Bewältigung der großen Aufgabe „Integration“ an?
- Welche Empfehlungen können gegeben werden, welche Forderungen sind zu stellen, wenn Integration – auch durch Prävention – gelingen soll?

Doch zunächst einige Anmerkungen zur Ausgangslage, zu den Herausforderungen, die der Zustrom von Flüchtlingen auch für „Prävention und Integration“ bedeutet.

1 Ausgangslage

Der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland bestimmt seit Monaten die öffentliche Debatte. Die Frage der Auswirkungen und Folgen der Flüchtlingszuwanderung wird nicht nur von Politik und Wissenschaft, sondern auch in den Medien und der Bevölkerung kontrovers und vielfach emotional debattiert. Dabei stellen die Deutschen der Flüchtlingspolitik der Regierung ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Dem *ARD Deutschland-Trend* vom Februar 2016 zufolge finden 81% der Befragten, dass die Bundesregierung die Flüchtlingssituation nicht im Griff habe (DIW Wochenbericht 8.2016, 158).

Bereits in einer *Allensbach-Umfrage* vom Oktober 2015 trauten die Deutschen der Politik keine Lösung der Flüchtlingskrise zu: Zweifel sind weit verbreitet, ob die Politik

¹ Schriftliche Fassung eines Vortrages, gehalten auf der Abschlussveranstaltung des Landespräventionsrates Nordrhein-Westfalen zu seinem Themenjahr „Integration“ am 9. Mai 2016 in Düsseldorf.

überhaupt eine Vorstellung hat, wie die Probleme eingegrenzt und bewältigt werden können (www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/zweifel-an-loesung-der-fluechtlingskrise-durch-die-politik-13866897.html)(08.05.2016).

Und *DIE ZEIT* (Nr. 19 vom 28. April 2016) schreibt in ihrem ‚Titel: Wie gelingt Integration‘: „Eine Million Neuankömmlinge unterzubringen, zu versorgen und in die Gesellschaft zu integrieren ist eine große und kleinteilige Aufgabe zugleich. Sie gleicht einem 100 000-Teile-Puzzle, bei dem einerseits der Überblick nicht verloren gehen darf, andererseits aber sehr genau darauf geachtet werden muss, welches Teilchen wirklich wohin passt. Deshalb ist es so wichtig, dass alle Informationen rund um die Flüchtlinge an einem Ort zusammenkommen. Bloß: Diesen Ort gibt es nicht ... Und so räumen auch hochrangige Regierungsvertreter im Vieraugengespräch ein, dass sie gar nicht sagen können, wie es um die Integration der Flüchtlinge im Lande tatsächlich bestellt ist. Niemand in Berlin hat den Überblick.“

Der niederländische Soziologe *Paul Scheffer*, der vor zehn Jahren (2007) eine exzellente Analyse „Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt“ vorgelegt hat, die jetzt in einer aktualisierten Neuauflage erschienen ist, *Paul Scheffer* bringt diese Problematik in einem Interview (Süddeutsche Zeitung Nr. 25 vom 1. Februar 2016) auf den Punkt, wenn er sagt: „Man öffnete die Grenzen und schloss die Augen.“

Sie zu öffnen wird es höchste Zeit: Schon längst gilt es, - so das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* - eine der Herausforderung angemessene Bestandsaufnahme der künftigen Chancen und Risiken aus ökonomischer wie aus sozialer Sicht vorzulegen und ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Zuwanderung nach Deutschland zu erarbeiten (DIW 8.2016, 163).

Oder, mit den Worten des Politikwissenschaftlers *Herfried Münklers*: „Wir brauchen einen Masterplan Integration“.

Der fehlt allerdings, seit 1955 mit Italien der erste Anwerbevertrag für „Gastarbeiter“ geschlossen wurde, aber das nur nebenbei.

Integration, so *Münkler*, sei keine administrative Maßnahme, sondern ein langwieriger Prozess, der sich auf dem Arbeitsmarkt, in der Zivilgesellschaft und in der politischen Werteordnung abspiele. Entschieden werde über Gelingen oder Scheitern der

Integration aber letzten Endes auf dem Arbeitsmarkt und in der Zivilgesellschaft (Die Welt vom 25. März 2016; www.welt.de/15352319)(25.03.2016).

Die **Integration in die Zivilgesellschaft** ist also von entscheidender Bedeutung. Und noch wird, der Umfrage „Stimmungsbarometer zu Flüchtlingen“ vom Januar 2016 zufolge, das zivile Engagement in Deutschland, die Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen auch von vielen skeptisch eingestellten Menschen mitgetragen – vor dem Hintergrund großer Unsicherheit über die Konsequenzen der Flüchtlingswanderung und eines gefühlten Politikversagens (DIW 8.2016, 163).

Diese nach wie vor vorhandene „Willkommenskultur“ unterscheidet sich deutlich von der ausländerfeindlichen Grundstimmung beim bisherigen Höhepunkt des Zuzugs von Asylbewerbern (und damals gleichzeitig von Aussiedlern) zu Beginn der 1990er Jahre. Damals herrschte eine Ausländerfeindlichkeit, die von weiten Teilen der Bevölkerung (mit)getragen wurde und gegen die von der Politik nicht entschieden genug vorgegangen wurde –im Gegenteil. Es kam zu zahlreichen gewaltsamen Ausschreitungen gegen Asylsuchende und die ausländische Bevölkerung. Darunter die Brandanschläge gegen Asylbewerberunterkünfte (Hoyerswerda und Rostock) und gegen bereits lange in Deutschland lebende türkische Familien (1992 und 1993 in Mölln und Solingen).

Noch sind die Chancen da, dass sich diese Zuwanderer-feindliche Grundstimmung nicht wieder ausbreitet. Denn feindselige bis kriminelle Handlungen gegen Flüchtlinge werden immer häufiger und gravierender. Wir müssen diese Chancen allerdings auch nutzen: Präventionsarbeit ist dabei ein möglicher und durchaus erfolgversprechender Weg.

2 Welchen Beitrag zur Förderung der Integration kann Prävention leisten?

Integration hängt von vielen Faktoren ab: Zu diesen zählt auch die Präventionsarbeit, die ihren Beitrag zur Förderung der Integration leisten kann. Nicht zuletzt aufgrund der jahrzehntelangen Erfahrungen mit der Prävention von „Ausländerkriminalität“, insbesondere der hohen Kriminalitätsbelastung junger Männer mit Migrationshintergrund – und seit einigen Jahren auch der Erfahrung mit der Prävention

salafistischer Radikalisierung – kann sich die Präventionsarbeit bei der Förderung der Integration der Flüchtlinge auf viele erprobte Strategien, Konzepte, Programme und Maßnahmen beziehen.

Zu diesen gehört insbesondere die Erkenntnis, dass sich die Präventionsmaßnahmen nicht nur auf die Flüchtlinge selbst beziehen dürfen, sondern auch – mindestens gleichermaßen - auf die deutsche Aufnahmegesellschaft selbst: Eine Präventionsarbeit mit dem Ziel der Integration muss auch an den Unsicherheiten, den Ängsten und Befürchtungen der Bevölkerung ansetzen.

Wenn, der bereits zitierten *Allensbach-Umfrage* vom Oktober 2015 zufolge,

- über 40% der Befragten den Eindruck haben, das man in Deutschland seine Meinung zu der Flüchtlingssituation nicht frei äußern darf und sehr vorsichtig sein muss, was man sagt, und
- wenn 55% der Befragten die Berichterstattung als einseitig empfinden und viele den Eindruck haben, dass die Risiken der derzeitigen Entwicklung weder in der öffentlichen politischen Diskussion noch in der Berichterstattung der Medien ausreichend berücksichtigt werden

dann sind das für unser demokratisches Gemeinwesen besorgniserregende Befunde. Sie entsprechen der Wahrnehmung von *Paul Scheffer*, er habe noch „nie eine derart erstickte Debatte beobachtet wie im vergangenen Sommer ... Es war fast unmöglich, in liberalen Medien Bedenken zu äußern, Kanzlerin Angela Merkel zu kritisieren, Fragen zu stellen.“

Prävention kann - muss – hier einen ganz wichtigen Beitrag leisten und an der Schnittstelle zur Integrationsarbeit im wortwörtlichen Sinne beim Zuvorkommen ansetzen, hier vor allem beim Zuvorkommen von Unsicherheit und Unwissenheit. Die allgemeine Vorbeugung gegenüber Ängsten, Wut und Furcht ist entscheidend wichtig, wenn Integration gefördert und eine inklusive Gesellschaft nachhaltig geschaffen und unterstützt werden soll (Marks/Plich 2016, 3f).

Mit solchen Strategien und Konzepten der **universellen (oder primären) Prävention** hat die Präventionsarbeit langjährige und positive Erfahrungen: Universelle Prävention zielt mit allgemein förderlichen, nicht anlassbezogenen Programme und Maßnahmen auf die Allgemeinheit und/oder Gesamtgruppen, ohne dass in diesen Gruppen

besondere Risikofaktoren vorliegen müssen. In Anbetracht der – schon vor dem Flüchtlingszustrom – nachweislich vorhandenen Islamfeindlichkeit oder vielmehr Muslimfeindlichkeit (Logvinov 2016) der deutschen Aufnahmegesellschaft ist diese universelle Ausrichtung besonders wichtig.

Die universelle Ausrichtung der Prävention an der Schnittstelle zur Integration geht über Kriminalprävention weit hinaus. Auch wenn Prävention weiß – nicht zuletzt nach der jahrzehntelangen Diskussion um die „Ausländerkriminalität“ in Deutschland: Wenn Integration nicht gelingt, wird es Probleme geben, auch hinsichtlich einer deutlichen Kriminalitätsbelastung. Die Zuwanderung der vergangenen Jahrzehnte nach Deutschland war ja nicht unbedingt eine Erfolgsgeschichte – um es vorsichtig auszudrücken. Selbst die Integration der zweiten, dritten und vierten Zuwanderergeneration ist noch problematisch. Auf mögliche Folgen weisen Erkenntnisse zu den Ursachen salafistischer Radikalisierung hin: Diskriminierung, Marginalisierung, Demütigung, die Erfahrung der Nicht-Zugehörigkeit und Ablehnung können wichtige Faktoren für die Hinwendung zum gewaltorientierten Islamismus sein.

Schon jetzt ist ja die „Flüchtlingskriminalität“, die Kriminalität von und unter Flüchtlingen, ein großes Thema, auch wenn sie in Anbetracht der kurzen Aufenthaltsdauer der Flüchtlinge noch nicht mit Integrationsdefiziten in Verbindung gebracht werden kann, sondern eher mit Problemen, die mit dem „Ankommen“ und den Fluchterfahrungen verbunden sein können. Die zunehmende Kriminalität gegen Flüchtlinge habe ich schon erwähnt.

Dennoch sollten gerade im Zusammenhang von Prävention und Integration die Themenkomplexe Migration/Integration, Kriminalprävention und Radikalisierungsprävention unbedingt auseinander gehalten werden, gerade weil sie über Schnittmengen verfügen. Es muss in diesem Zusammenhang besonders auf die „Engschneidung“ des Präventionsbegriffes geachtet werden, die auch vom *Deutschen Präventionstag* wiederholt angemahnt worden ist (siehe dazu etwa Steffen 2015, 65ff):

Es sollten nur die Strategien, Maßnahmen und Projekte als kriminalpräventiv verstanden werden, die direkt oder indirekt die Verhinderung bzw. Verminderung von Kriminalität zum Ziel haben, während Programme und Maßnahmen der universellen Prävention, wie

etwa die (Wieder-)Herstellung sozialer Gerechtigkeit mit dem Ziel einer gleichberechtigten wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zwar unverzichtbar sind, aber als das verstanden und eingefordert werden müssen, was sie sind, nämlich als Sozialpolitik und nicht als Kriminalpolitik bzw. Kriminalprävention.

Diese Forderung nach einer „Engschneidung“ des Präventionsbegriffes wurde und wird durchaus kontrovers diskutiert (s. dazu insbesondere Kahl 2012, 26). In Zusammenhang mit Integration dürfte aber doch wohl Zustimmung dafür zu erreichen sein.

Denn insbesondere an der Schnittstelle zur Integrationsarbeit gilt es auf die möglichen riskanten Aspekte und Nebenwirkungen von Prävention zu achten: So sind etwa Generalverdacht und Stigmatisierung möglich und unbedingt zu vermeiden!

3 Kommunen sind (wieder einmal) von zentraler Bedeutung, sind Dreh- und Angelpunkt der Integration: Was kann die Prävention hier anbieten?

Um den Flüchtlingen eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, muss der – wechselseitige, die Aufnahmegesellschaft wie die Zuwanderer betreffende - Prozess der Integration früh beginnen. Vor allem die **Kommunen** sind hierbei gefragt und spielen eine wichtige Rolle. Denn das Zusammenleben der Menschen findet vor Ort, in den Städten und Gemeinden statt. Integration ist ohne Zweifel eine große, eine gewaltige Aufgabe. Ob sie von Flüchtlingen, Bevölkerung und Kommunen als große Belastung wahrgenommen wird, hängt nicht zuletzt auch davon ab, wie sich Bevölkerung und Flüchtlinge begegnen, ob mit gegenseitiger Aufmerksamkeit, Achtung und Respekt – und wie sich die Kommunen dabei unterstützend einbringen.

Allerdings stellt schon der große Bedarf hinsichtlich der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge die Kommunen (und die Länder) vor große Herausforderungen (siehe dazu die *vhw-Kommunalbefragung* „Herausforderung Flüchtlingskrise vor Ort“ von 2016). Dennoch müssen schon jetzt die Weichen für die Zukunft gestellt werden, muss der Prozess der Integration früh beginnen. Diese Notwendigkeit ist zumindest erkannt worden, insoweit haben hoffentlich alle Beteiligten aus den Versäumnissen der Vergangenheit hinsichtlich einer Integration der „Gastarbeiter“ und ihrer Familien

gelernt! Der zur Zeit abebbende Flüchtlingszustrom gibt den Kommunen auch die Chance, Programme und Maßnahmen mit dem Ziel der Integration durchzuführen.

Welchen **Beitrag** können nun Projekte, Programme und Strategien des weiten Arbeitsfeldes der Prävention für die Integration von geflüchteten Menschen „vor Ort“ leisten? Bundesweit existiert eine Vielzahl von Projekten und Initiativen in den Kommunen, die dabei unterstützen, Vorurteile abzubauen, ein gesellschaftliches Miteinander herzustellen und den Flüchtlingen konkret zu helfen, durch Spracherwerb, Arbeitsmarkteingliederung, Bildung etc. Allerdings sind diese präventiven Initiativen in den Kommunen noch nicht ausreichend bekannt und schon gar nicht flächendeckend etabliert. Bisher existierte auch keine zentralisierte Möglichkeit des Austausches, sodass die einzelnen Kommunen teilweise auf sich selbst gestellt blieben.

An dieser Stelle setzt das neu geschaffene Informations- und Kommunikationsportal

➤ pufii.de – Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen an, das am 1. März 2016 freigeschaltet wurde (siehe dazu Marks/Plich 2016).

4 pufii.de – Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen

Das Fachkräfteportal pufii.de ist eine gemeinsame Initiative von drei Organisationen:

- dem Institut für angewandte Präventionsforschung des Deutschen Präventionstages (DPT-i)
- dem Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR)
- dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS)

Alle drei Organisationen sind seit vielen Jahren mit dem Themenfeld der Gewalt- und Kriminalprävention befasst, auch und gerade für die Aufgaben und Ziele der kommunalen Präventionsmaßnahmen und Präventionsgremien (Marks/Plich 2016, 4).

pufii.de versteht sich als Kommunikations- und Informationsplattform für Fachkräfte aus den Bereichen Inklusion, Integration und Prävention. Dabei soll auf pufii.de der fachliche Austausch, die interdisziplinäre Zusammenarbeit und die Handreichung von Informationen im Vordergrund stehen (www.pufii.de/nano-cms/ziele).

Neben der Vorstellung von Projekten und Konzepten – deren Auswahl sich an den Beccaria-Standards orientiert, womit die Qualität also gesichert ist (www.beccaria.de) – ist die Bündelung von und der Zugang zu umfassenden Informationen rund um das Thema Integration eines der primären Ziele von *pufii.de*. Dadurch sollen auch langwierige, oft umständliche Internetrecherchen für die Benutzer des Portals vermieden werden. Auf dem Portal finden sich die Rubriken „Projekte“, „Veranstaltungen“, „Informationen“ und „Fundraising“. Der Bereich „Informationen“ bietet den Nutzerinnen und Nutzern eine umfangreiche, thematisch sortierte Linksammlung, ein Glossar sowie themenspezifische Neuigkeiten.

Bereits seit dem 19. Oktober 2015 hat der *Deutsche Präventionstag* in seinem Arbeitsfeld „Tägliche News“ zu „Prävention und Integration: Aktuell“ berichtet; am 20. Mai 2016 erschien dazu die 48. „Ausgabe“; seit dem 4. März 2016 in Form des *pufii.de-Newsletters*. Dieser *pufii.de-Newsletter*, der kostenfrei abonniert werden kann und über die „Täglichen Präventions-News“ des Deutschen Präventionstages „verteilt“ wird, erscheint wöchentlich in deutscher und englischer Sprache.

Insgesamt zeichnet sich das Informations- und Kommunikationsportal *pufii.de* durch die Konzentration auf eine zentralisierte und aktuelle Informationsbündelung sowie das Zurverfügungstellen „geprüfter“ Projekte und Konzepte aus; in diesem Zusammenhang ist das Team von *pufii.de* übrigens an der Übermittlung von Praxiserfahrungen und Praxisbeispielen besonders interessiert. Insgesamt dürfte *pufii.de* bereits jetzt – mit inzwischen weit über 1000 Fachinformationen - einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Integrationsarbeit in den Kommunen sowie des interdisziplinären Austausches liefern (Marks/Plich 2016, 5).

5 Forderungen für die „Integration durch Prävention“ auf den Ebenen Kommune, Land und Bund

Prävention leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Integration. Und das Portal *pufii.de* ist ein guter – und offensichtlich bereits gern genutzter – Weg, die Integrationsarbeit in den Kommunen nachhaltig zu unterstützen.

Zu den Vorteilen der Präventionsarbeit gehört, dass sie gesamtgesellschaftlich, ressortübergreifend und interdisziplinär angelegt ist und auf erprobte Projekte und

Maßnahmen zurückgreifen kann. Damit kann – könnte - schnell gehandelt werden. Die Integration der Flüchtlinge in die Zivilgesellschaft ist ohne solche unterstützenden Maßnahmen nicht zu erreichen.

Daneben aber ist es unerlässlich, dass die **Politik** formuliert, was sie sich unter gelungener Integration vorstellt. Das ist aber, soweit ersichtlich, auch in dem geplanten *Integrationsgesetz* nicht der Fall, in dem neben anderem eine Integrationspflicht gefordert wird – und Sanktionen festgeschrieben werden, sollten Flüchtlinge etwa Sprachkurse oder Ausbildungen grundlos abbrechen oder straffällig werden. Nur wer ernsthaft zur deutschen Gesellschaft dazugehören will, darf unbefristet bleiben – schon recht, doch was heißt das konkret und nach welchen – nachprüfbar – Kriterien wird das beurteilt? Und bietet der Staat auch an, was er einfordert? Gibt es konkrete Ziele, Leitlinien, oder gar ein tragfähige Gesamtkonzept?

Offensichtlich nicht, zumindest nicht zur Zufriedenheit der Kommunen. Das zeigen etwa die Befunde der vom *vhw* (Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung) im März/April 2016 durchgeführten Kommunalbefragung „Herausforderung Flüchtlingskrise vor Ort“. Ihnen zufolge steht für die Kommunen zwar die Integration im Vordergrund, doch fehlt es vielerorts an konkreten Konzepten. Häufig tauche deshalb die Forderung nach entsprechenden Zielvorgaben und Leitlinien auf.

Nur wenn konkrete, nachprüfbar Ziele festgelegt werden, kann die Praxis der Integration besser – überhaupt? - koordiniert und umgesetzt werden. Dazu müsste es aber auf der Ebene der Länder wie des Bundes Orte, bzw. einen Ort geben, an denen bzw. an dem alle Informationen über Flüchtlinge zusammenfließen – doch diese Orte, diesen Ort gibt es bislang nicht.

Für die Prävention hat der *Deutsche Präventionstag* wiederholt die Etablierung ressortübergreifender Präventionszentren gefordert: Auf allen politischen Ebenen, in den Kommunen, in den Bundesländern und auf der Ebene des Bundes. Alle Präventionsbereiche könnten im Rahmen solcher Präventionszentren effektiv zusammenarbeiten und die Grundlage für eine systematische, gesamtgesellschaftliche und insbesondere nachhaltige Präventionsstrategie und Präventionspolitik legen

(Marks/Steffen 2015, 269f) – zu der auch die Integration der Flüchtlinge gehören könnte.

Kommunale Integrationszentren, wie es sie bspw. in Nordrhein-Westfalen bei allen kreisfreien Städten und fast allen Kreisen gibt, ließen sich mit beiderseitigem Gewinn in solche Präventionszentren integrieren.

Wenn die Aufgabe gelingen soll, eine Million und mehr Neuankömmlinge unterzubringen, zu versorgen und in die Gesellschaft zu integrieren, wären solche Zentren nicht nur hilfreich, sondern wahrscheinlich unerlässlich.

Literaturverzeichnis

DIW Wochenbericht Nr.8/2016 vom 25. Februar 2016-05-23:
Flüchtlingenzuwanderung: Mehrheit der Deutschen befürchten negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Kahl, Wolfgang (2012):
„Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik“ und verhindert den Weg in eine Überwachungsgesellschaft – Zum (Miss-)Verständnis des Präventionsgedankens. forum kriminalprävention 2/2012, S. 26-27.

Marks, Erich/Plich Isabell (2016):
www.pufii.de - Präventive Unterstützung für Präventions-Initiativen. forum kriminalprävention 1/2016, S. 3-8.

Marks, Erich/Steffen, Wiebke (2015):
Zu den Chancen einer Etablierung ressortübergreifender Präventionszentren auf den Ebenen der Kommunen, der Bundesländer und des Bundes. In: Bannenberg, Britta u.a. (Hrsg.)(2015): Über allem: Menschlichkeit. Festschrift für Dieter Rössner. Baden-Baden, S. 259-270.

Logvinov, Michail (2016):
Islamophobie, Islam- und Muslimfeindlichkeit. Versuch einer konsensfähigen Definition. forum kriminalprävention 1/2016, S. 52-56.

Steffen, Wiebke (2015):
Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft. Gutachten für den 19. Deutschen Präventionstag. 12. & 13. Mai 2014 in Karlsruhe. In: Erich Marks/Wiebke Steffen (Hrsg.)(2015): Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft. Ausgewählte Beiträge des 19. Deutschen Präventionstages. Godesberg, S. 53-147.

vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. - Presseinformation (2016):

Integration in den Arbeitsmarkt sehen 75 Prozent der Befragten als wichtigste Aufgabe
– Ergebnisse einer vhw-Kommunalbefragung Herausforderung „Flüchtlingskrise vor
Ort“ 2016 (Berlin, 28. April 2016).